Breslau, Sonntag, 17. Juli 1932
Nr. 158. Jahrg. 1932

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Paktiert der ADGB mit Schleicher?

Das Neudecker Geheimnis beginnt sich zu lüften

Kameraden der Eisernen, — Augen auf!

Das Geheimnis von Neudeck beginnt sich zu lüften.

Die letzten Schleier werden am Anfang der kommenden Woche fallen, wenn die neue Notverordnung veröffentlicht wird. Aber heute schon tritt durch den offiziösen Nebel in Umrissen klar erkennbar das Kernstück der Neudecker Abmachungen hervor: So ungeheuerlich es klingt, so wenig Zweifel sind noch möglich — die Papen-Schleicher-Regierung will noch bis zu den Wahlen einen auf Tolerierung der Spitzen der Eisernen Front berechneten Kurs steuern!

Die Regierung der Hitler-Barone wendet sich nicht etwa plötzlich gegen rechts. Keine Kursänderung ist beabsichtigt. Der reaktionär-faschistische Block bleibt bestehen. Der Kurs bleibt bestehen, der zur Auslösung einer Welle des erbitterten Widerstandes überall im antifaschistischen Lager geführt hat. Dem Terror der Faschisten werden keine Zügel angelegt. Die Mordhetze, der Sturm auf die antifaschistische Front, die Vernichtung von Arbeitergut und Arbeiterleben ist weiter zu treuen Händen der Hitlerschen Mordpartei überlassen.

Aber zugleich nehmen die Hitlerbarone offenbar auch nach der anderen Seite Fühlung. Der offiziöse Bericht unterstreicht, daß an die von den Nazis und Hugenbergern geforderte Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen schon deshalb „nicht zu denken sei, weil der preußische Staatsapparat durchaus intakt ist, sich also gar keine Handhabe zu einer Reichsexekutive ergebe". Mit Severing volle Zufriedenheit! Mag er tief empfundene republikanische Redensarten vor den kampfeswilligen Demonstranten der Eisernen Front schwätzen. Seine Polizei ist nichtig. Sie hat es dieser Tage überall bewiesen. In Ohlau ebenso wie in tausend anderen Orten. Ueber Hiertsiefer keine Klage. Mag er im Wahlkampf kräftige christliche oppositionelle Worte führen, mag er ankündigen, wie in Köln, daß eine Koalition seines Zentrums mit den Nazis nicht in Frage komme — in Hessen ist sie schon perfekt. Das ist das Entscheidende und nicht, was man den Herrschaften zum Dummenfang an Wahlagitation zugeben muß.

„Es ist müssig, jetzt schon Erwägungen anzustellen, was nach dem 31. Juli sein wird." Näher liegen die weiteren Maßnahmen des sofortigen „Aufbau"-Programms, sagt der amtliche Bericht weiter. Und für diese Maßnahmen, für die sofortige Verordnung der Zwangsarbeit, der Militärsportverbände usw. hat man sich die Unterstützung der Spitzen der Eisernen Front gesichert?!

Nicht der Mitglieder der Eisernen Front, nicht der Hunderttausende und Millionen, die jetzt mit einem prächtigen Elan ihren ernsten antifaschistischen Willen überall auf der Straße demonstrieren. Aber — es besteht kein Zweifel — so ungeheuerlich es klingt, die Unterstützung der Spitzen — dieser Front. Nichts anderes kann nämlich gemeint sein, wenn der offiziöse Bericht weiter sagt: „Die Verordnung über den Arbeitsdienst, mit der Ernennung des Präsidenten Syrup zum Reichskommissar, wird Montag veröffentlicht . . .

Der Reichsarbeitsminister hat hierüber in den letzten Tagen auch noch Besprechungen mit den Vertretern der Wirtschaft und der Arbeitnehmer gehabt, die ihm ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt haben dürften!"

Wir fragen: Welche „Arbeitnehmer" sind das??!

Sind es auch die Vertreter des ADGB???!

Ist das etwa das neue Kompromiß, daß der Präsident Syrup und nicht der Nazioberst Hierl offizieller Reichskommissar für Zwangsarbeit wird? Und verzichten die Hitlerbarone und der General Schleicher deswegen auf den Reichskommissar in Preußen, weil sie vorziehen, die Zwangsarbeit und die Groenerschen Jugendsportverbände — mit der Tolerierung der Eisernen vorzunehmen, noch vor dem 31. Juli unter Dach zu bringen?!

Es besteht leider kaum noch ein Zweifel, daß dem so ist!

Aber das ist der verhängnisvollste Streich, der der antifaschistischen Bewegung zugefügt werden konnte. Das ist wahrhaftig, um ausnahmsweise diesen Ausdruck zu gebrauchen, ein Dolchstoß in ihren Rücken!

Dieser unnatürliche Pakt wird geschlossen, während auf den Straßen Opfer ohne Zahl für die Sache der Freiheit fallen. Während die Blutorgie des Faschismus, des Sturmtrupps der Großausbeuter und der Junker, sich hemmungslos austobt. Während von unten her die zum Klassenbewußtsein erwachenden Anhänger der Eisernen Front Seite an Seite mit den revolutionären Arbeitern mutig ihren Mann im Abwehrkampf stehen. Während man sie viehisch abschlachtet, ihre Organisationen unter Trommelfeuer setzt, ihre Gewerkschaftshäuser demoliert, ihre Presse verbietet, ihre Unterführer abschlachtet und für vogelfrei erklärt.

Während die faschistische Partei zum letzten Sturm ansetzt, während Hitler byzantinisch angehimmelt seinen neuesten Deutschlandflug absolviert und die Endabrechnung am 31. Juli verkündet, ob in der Wahl eine Mehrheit erreicht werde oder nicht!

Während seine Unterführer, die Goebbels, Strasser und Goering frech und zynisch erklären, daß die Bürgerkriegspartei ihre Bewaffnung nicht mehr abstreite, sondern die Bewaffnung gebiete!

Während der Mörder-Heines auf dem blutgedüngten Boden der schlesischen Orte, wo vor wenigen Tagen die Antifaschisten-Progrome sich austobten und die jetzt wie von einer feindlichen Besatzung durch die Nazigewalt terrorisiert werden, die Losung: Ueber Gräber zum Sieg, ausgibt, während immer frecher die Forderung auf ein dreitägiges Freischlachten zur Ausrottung des antifaschistischen Wiederstandes erhoben wird, während die Nachrichten sich häufen, daß, wie auch der Wahlausgang am 31. Juli erfolge, der Faschismus an diesem Tage seinen Marsch zur Macht siegreich beenden will, mit allen Mitteln, und um jeden Preis.

Und während die nationalsozialistischen Führer — sich gleichzeitig demagogisch von ihren Protektoren Papen und Gayl differenzierend — demonstrativ auf ihr völliges Einverständnis, auf ihre hundertprozentige Uebereinstimmung mit dem eigentlichen Führer der Regierung — mit dem General Schleicher sich berufen!

Kameraden von der Eisernen Front, Augen auf, stellt eure Führung vor die Frage: wie steht es um den ungeheuerlichen Pakt mit diesem gleichen Schleicher?!

Fordert eine klare Antwort!

Und helft ihn noch zu verhindern um jeden Preis!

Urlaubsunterbrechung für politische Beamte

Berlin, 16. Juli.

Der preußische Minister des Innern hat, wie wir erfahren, sämtliche politischen Beamten, die sich auf Urlaub befinden, telegraphisch zurückberufen.

Am 31 Juli — alles für die Liste 17

Durch einen Uebermittlungsfehler irregeführt, berichtete gestern die „SAZ", daß die Sozialistische Arbeiter-Partei im Reichswahlvorschlag daher die Liste 3A erhalten habe.

Wir berichtigen diesen Fehler.

Die Liste der Sozialistischen Arbeiter-Partei behält die Nr. 17!

Beim Wahlleiter wurde erwirkt, daß trotz des Anschlusses der Wahlkreislisten an die Reichsliste der KPD die Liste 17, für die bereits Vorbereitungen getroffen sind, erhalten bleibt.

•

Wir wiederholen die von der überwiegenden Mehrheit der Bezirksleitungen der SAP einstimmig gebilligten Gründe des Parteivorstandes für seinen Beschluß, auf die Aufstellung einer eigenen Reichsliste zu verzichten und die in den Wahlkreisverbänden für die SAP abgegebenen Stimmen der KPD-Liste zuzuführen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat vom Beginn des Wahlkampfes an die Schaffung des Arbeiterblocks, und als Ausdruck des außerparlamentarischen Zusammengehens die Aufstellung einer gemeinsamen Reichsliste der Arbeiterparteien gefordert! Sie war bereit, für den Fall des Zustandekommens einer solchen Reichsliste, auch ohne Berücksichtigung von SAP-Kandidaten, auf die Aufstellung eigener Listen überhaupt zu verzichten und mit aller Kraft die Arbeiterliste zu unterstützen. Unsere Losung hat ein breites Echo gefunden. Zahllose Versammlungen und Organisationen forderten mit der SAP die einheitliche Arbeiterliste.

Aber das Echo war noch nicht stark genug, die Parteibürokratien der SPD und der KPD zum Verzicht auf die Aufrechterhaltung ihrer Parteifronten zu bewegen. Sie haben die geschichtliche Aufgabe nicht erkannt. Die Sozialistische Arbeiter-Partei ist gleich weit entfernt von der reformistischen Unterwerfungspolitik der SPD, wie von der ultralinken Sektiererpolitik der KPD.

Beide tragen gleichviel bei zum Erfolge des Mordfaschismus.

Beide müssen überwunden werden, wenn die Krise der Arbeiterbewegung beseitigt, ein neuer Vormarsch vom Sozialismus beginnen soll.

•

Nachdem die Einheitsliste gescheitert ist, tritt die Sozialistische Arbeiter-Partei für diese Politik, für die Erneuerung der revolutionären Bewegung, für die Schaffung des Arbeiterblockes mit eigenen Listen in den Wahlkampf. Für die Liste 17, das heißt gegen den sogenannten Marxismus des Reformismus und des Ultralinksertums, für den revolutionären Marxismus, der allein die Klasse einigen und zum Siege führen kann.

Aber der Kampf der Sozialistischen Arbeiter-Partei entfaltet sich zu einer Zeit, in der ihre jungen Kaders noch nicht ausreichen, um einen raschen Erfolg dieses Kampfes, um die revolutionäre Einigung des Proletariats und die Erneuerung der Arbeiterbewegung zu gewährleisten. In diesem Wahlkampf besteht bei vielen Arbeitern die Sorge, daß die Stimmen für die SAP diesmal noch „verloren" sein könnten. Arbeiter, die so denken, bedenken nicht, daß in diesem Sinne die Stimmen für SPD und KPD weit mehr verlorene Stimmen sind, da sie zwar zu sicheren Mandaten führen; aber zugleich mit diesen Stimmen der Reformismus und das Ultralinksertum gestärkt und die Spaltung verewigt wird, der Weg weiter beschritten wird, den es so gewonnenen Mandaten vielleicht nicht einmal mehr gestattet, ausgeübt zu werden!

Um aber auch denjenigen Arbeiterwählern, die noch nicht erkannt haben, daß es nicht auf parlamentarische Mandatserfolge in diesem Wahlkampf ankommt, sondern auf den geschlossenen außerparlamentarischen Einsatz der vereinigten Macht des Proletariats, für den die SAP als einzige Kraft unermüdlich wirkt, die Beruhigung zu geben, daß Stimmen für die SAP auch parlamentarisch nicht verloren sind, hat der Parteivorstand den Beschluß gefaßt, auf eine eigene Reichsliste zu verzichten und alle Stimmen der SAP einer der großen Parteien zuzuführen.

•

Die Stimmen der SAP werden der KPD-Reichsliste zugute kommen. Es sind zugleich Stimmen gegen die Politik der Führung der KPD! Sie bedeuten die demonstrative Forderung an die Führung der KPD, ihre Sektiererpolitik zu beenden und alle Kraft daran zu setzen, gegen den Faschismus endlich den einheitlichen Block aller Arbeiterorganisationen, den Block von der antifaschistischen Aktion bis zur Eisernen Front, für ein gemeinsames Kampfprogramm herzustellen.

Wir wissen uns eins mit dem revolutionären Willen der gewaltigen Mehrheit der kommunistischen Arbeiter, für den Sturz der Ausbeutergesellschaft und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Wir geben die Stimmen der KPD, um dazu beizutragen, daß dieser Wille sich gegen den ultralinken Bürokratismus der Führung durchsetze und der einzige Rettungsweg beschritten werden kann, der Weg zu einer

eisernen roten Front!

Darum am 31. Juli mit aller Kraft gegen die Zersplitterung für die Liste der Partei der Einheitsfront für die Liste 17.

Hungernde revoltieren

Der Papensche Aushungerungskurs zeitigt seine ersten Resultate. Ueberall treibt der Hunger die Massen zur Empörung. In Weimar zogen mehrere Wohlfahrtserwerbslose, denen die Unterstützung um 10 Prozent gekürzt wurde, unter dem Ruf „Wir haben Hunger!" in einem Demonstrationszug zum Rathaus und hierauf zur Wohnung des Oberbürgermeisters, um Rechenschaft zu fordern. Die Polizei trieb die Demonstranten mit dem Gummiknüppel auseinander.

Zu ähnlichen Zusammenstößen kam es in Berlin im Wohlfahrtsamt in der Blumenstraße. Als dort Erwerbslose mit berechtigten Forderungen abgewiesen wurden, bemächtigte sich der zahlreichen Wartenden eine gewaltige Erregung, worauf sofort die Polizei alarmiert wurde, die mehrere Verhaftungen vornahm. Beim Abtransport kam es zu neuen Zusammenstößen. Das brutale Vorgehen der Polizei wurde von den Menschenmassen, die sich inzwischen angesammelt hatten, entsprechend kommentiert, worauf die Polizei ohne weiteres von der Schußwaffe Gebrauch machte, wodurch die herrschende Empörung noch weiter gesteigert wurde. Aus den Fenstern der Gebäude wurde mit Gegenständen nach der Polizei geworfen. Mit Hilfe herbeialarmierter polizeilicher Verstärkung wurde die Menschenmenge dann unter Anwendung des Gummiknüppels auseinander getrieben und „die Ruhe wieder hergestellt". Die Leistung dieser Polizeidienste ist offenbar der einzige Gebrauch, der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten erlaubt ist, von ihren „Machtpositionen" im Zeichen des Hungerkurses noch zu machen.

Zwei Frauen erschossen

Frankfurt a. M. 16. Juli.

In Langenselbold, Kreis Hanau, kam es gestern abend nach Auflösung einer Erwerbslosenversammlung zu schweren Ausschreitungen. Herbeigerufene Polizeikräfte machten von der Schußwaffe Gebrauch. Die Tochter des kommunistischen Abgeordneten Oeßler sowie eine verheiratete Frau wurden getötet.

Unsere Aufgaben im Rahmen der Einheitsfront

Von Walter Fabian.

Langsam, noch viel zu langsam fallen in vielen Orten die Mauern, die die Arbeiter der verschiedenen Parteien voneinander trennen. Die Einheitsfront formiert sich gegen tausend Hindernisse. Die ersten Schritte sind getan. Jetzt gilt es, die Situation nüchtern zu überschauen und die Aufgaben zu erkennen, die uns erwachsen.

Die Führung der SPD, des Reichsbanners, der Eisernen Front ist nach wie vor der schärfste Gegner der proletarischen Klassenfront. Ohne Unterschied der Richtung, ja bei „linker" Einstellung mit besonderem Nachdruck, erklären sie die Eiserne Front für die proletarische Einheitsfront und schämen sich nicht, offen zu sagen, daß sie sich niemals mit Kommunisten an einen Tisch setzen werden. Die Arbeiter der Eisernen Front empfinden anders; sie atmen auf, wenn sich die ersten Ansätze zu einheitlichem Auftreten der Arbeiterklasse irgendwo bilden. Die KPD aber treibt noch immer an vielen Orten eine Politik, die diesen wichtigen Entwicklungsprozeß hemmt; durch ihre maßlosen Beschimpfungen sozialdemokratischer Führer, durch die vielfach parteiegoistische Unehrlichkeit ihrer Einheitsfrontmanöver bindet sie die sozialdemokratischen Arbeiter nur wieder fester an ihre Führer. Unsere Aufgabe ist es, mit aller Kraft das zu tun, was die KPD unterläßt: den sozialdemokratischen Arbeitern den Weg zur proletarischen Klassenfront zu erleichtern. Wir müssen sachlich die verhängnisvolle Politik ihrer Führung kennzeichnen, um sie selbst davon zu überzeugen, müssen die absolute Ehrlichkeit unserer Absichten unter Beweis stellen und die entscheidende Bedeutung einheitlicher Aktionen hervorkehren.

In der KPD geht es vollkommen durcheinander. Wer im Lande herumkommt, hat das Vergnügen, Abend für Abend den krassen Gegensatz zwischen den kommunistischen Diskussionsrednern mit dem parteioffiziellen Referentenmaterial (Einheitsfront nur unter Führung der KPD, die SAP kommt für ein Bündnis nicht in Frage usw.) und der wachsenden Zahl solcher kommunistischer Funktionäre zu erleben, die ehrlich den Klassenstandpunkt vertreten, die Führung den besten revolutionären Elementen unter Hintanstellung der Parteizugehörigkeit zubilligen und sogar, o Wunder, die Existenzberechtigung und wertvolle Arbeit der SAP anerkennen! In der Führung der KPD ist unverkennbar noch heute die Strömung von gestern maßgebend, die Politik der Einheitsfront nur mit sich selbst. Auch gegenüber der KPD bestehen also die Aufgaben der SAP in entschiedener Förderung und Beschleunigung des von unten sich anbahnenden Prozesses tieferer Einsicht und ehrlicherer Haltung. Durch eine klare politische Linie unserer Partei, vor allem auch durch Hinweis auf die wachsende imperialistische Kriegsgefahr und ein eindeutiges Bekenntnis zum Schutze der Sowjetunion werden wir das Mißtrauen vieler kommunistischer Arbeiter gegen uns am schnellsten überwinden und ihnen beweisen, daß ihre Führer unrecht haben, wenn sie die SAP als die linke Filiale des Sozialfaschismus bezeichnen.

Den Arbeitern der SPD wie der KPD müssen wir unermüdlich klarmachen, daß jeder Schlag, der heute einem Teil der Arbeiterbewegung gilt, die gesamte Arbeiterbewegung trifft. Das ist noch längst nicht genügend in das Bewußtsein der Arbeiterschaft gedrungen. In einer Massenversammlung in Leipzig, die hauptsächlich von kommunistischen Arbeitern besucht war, löste die Mitteilung des „Vorwärts"-Verbotes Jubel aus — und auf der anderen Seite sehen viele Sozialdemokraten dem drohenden Verbot der KPD mit großer Ruhe entgegen. Wir müssen diese Stimmungen, diese schiefe und gefährliche Einstellung schnellstens überwinden, denn sie erleichtert nur zu sehr die Taktik unseres Gegners!

Aus ähnlichen Gründen ist es wichtig, ja entscheidend, die Verbundenheit zwischen den Arbeitern der Betriebe und der Stempelstellen neu herzustellen und zugleich die Macht der revolutionären Arbeiterschaft in den Betrieben zu verstärken. Da es nicht unsere Aufgabe ist, möglichst viele tapfere Klassenkämpfer im Straßenkampf verrecken und in Gefängnissen und Zuchthäusern verschwinden zu lassen, sondern vielmehr, zu siegen und den Kapitalismus zu überwinden, so müssen wir nicht nur tapfer, sondern auch und vor allem klug sein und den Kampf auf dem Felde auszutragen bemüht sein, auf dem trotz Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit das Proletariat auch heute noch unbesiegbar sein könnte, in den Betrieben. Die SPD, die allen Kämpfen ausweichen will, kann daran kein Interesse haben; die KPD hat sich durch ihre RGO-Politik um jeden Einfluß in den Betrieben gebracht. Unsere Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften muß auch in dieser Frage den toten Punkt überwinden und die Arbeiterschaft mit neuem Mut und neuem Kampfwillen erfüllen.

Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen SPD- und KPD-Führung ist heute die Frage, ob in der Einheitsfront weiter Kritik von Partei zu Partei geübt werden darf. Wir müssen den KPD-Genossen klarmachen, daß ihre bisherige Art, zu diskutieren und zu kritisieren, ein entscheidendes Hindernis für die Formierung der Einheitsfront gewesen ist. Andererseits müssen wir uns aber fernhalten von allen Burgfriedensparolen. Der Kampf der Arbeiterklasse ist ja nicht ein militärisches Unternehmen, bei dem Maulhalten das oberste Gebot ist. Der Kampf der Arbeiterklasse ist ein politischer, und in der Politik muß man auch in der Aktion, auch im Kampfe ständig ringen um die richtige politische Linie, muß im Kampfe und durch den Kampf die Selbstverständigung, den Klärungsprozeß im Proletariat fördern. Dazu gehört notwendig die Fortführung der sachlichen Diskussion, also auch der sachlichen Kritik an der Führung der SPD wie der KPD. Unsere Aufgabe ist es, den SPD-Arbeitern diese Notwendigkeit klarzumachen und die KPD-Arbeiter zurückzuführen auf den Boden sachlicher, marxistischer Debatten.

Diese Fortführung der innerproletarischen Diskussion ist um so notwendiger, weil viele mehr gefühlsmäßig eingestellte Arbeiter meinen, mit der Formierung der Einheitsfront sei das Entscheidende getan, sei die Arbeiterklasse gerettet und der Sieg des Proletariats gesichert. Dies ist aber keineswegs richtig. Im Gegenteil: die Formierung der Einheitsfront schließt auch große Gefahren in sich, sie kann ebenso enden wie etwa der Kampf gegen den Kapp-Putsch: nämlich mit einem scheinbaren Siege und einer tatsächlichen Niederlage der Arbeiterschaft. Das müßte eintreten, wenn wiederum die reformistischen Führer die Leitung an sich reißen, den Kampf vorzeitig beenden, die revolutionären Energien im Keime ersticken könnten. Daß dies geschehen könnte, ist nur allzu möglich, und es braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden, daß es das furchtbarste Verhängnis für die Arbeiterklasse wäre. Darum enden unsere Aufgaben nicht mit der Formierung der Einheitsfront — nein, sie treten dann gerade in ihr entscheidendes Stadium. Die KPD wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, auch in dieser Hinsicht versagen: sie wird weder die revolutionäre Führung zu stellen noch die bisher reformistisch geleiteten Massen unter revolutionäre Führung zu bringen vermögen. Die SAP wird, zusammen mit den wertvollen revolutionären Kräften in den anderen Arbeiterparteien, diese Funktion zu erfüllen haben.

Wir sehen aus den vorstehenden, nur angedeuteten Betrachtungen, daß die Aufgaben der SAP im Rahmen der Einheitsfront gewaltig sind — und wir sehen zugleich, daß keine andere Partei da ist, die sie uns abnehmen, sie an unserer Stelle lösen könnte. Deshalb ist es ganz falsch, wenn einzelne Genossen hie und da meinen, um der Einheitsfront willen müßten wir die Arbeit für unsere Organisation, für unsere Presse, für die Partei überhaupt vernachlässigen. Einheitsfront und Partei sind nicht Gegensätze: auch in der Einheitsfront, gerade in der Einheitsfront hat die Partei die höchste Daseinsberechtigung und höchste Verpflichtung, im revolutionären Sinne zu wirken. Die SAP hat für die bisherige Einheitsfrontarbeit Entscheidendes geleistet, viel mehr, als sich mit Zahlen und einzelnen Tatsachen belegen läßt. Die SAP hat aber ihre Funktion noch keineswegs erfüllt: weitere, größere Aufgaben liegen vor ihr. Darum ist — im Dienste der Einheitsfront, um des Sieges der Klasse willen — die Fortsetzung unserer Arbeit als Partei, die Steigerung auch unserer organisatorischen Aktivität unsere Pflicht gegenüber dem deutschen Proletariat. Alles andere wäre Selbstbetrug, Feigheit, Fahnenflucht. Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden — und wir besitzen in unseren Reihen die Kräfte und den Opferwillen, auch der größten Hindernisse Herr zu werden. In unserem Kampfe stärken und bestärken uns die klare Einsicht in das unveränderte Versagen der KPD, die Erkenntnis der Größe unserer Aufgaben und das Bewußtsein, daß unsere Gedanken mehr und mehr Gemeingut der ganzen Klasse werden.

„Über Gräber vorwärts"

Mehr als 30 gefallene Antifaschisten — Blutbilanz der Nazimordwoche

Wiederum verzeichnenn wir: Der nationalsozialistische Terror erfährt eine neue Steigerung. Wieder sind an einem Tage blutige Opfer gefallen. Aufs neue hat sich erwiesen, daß der Staatsapparat dem Terror nicht entgegentritt, sondern ihn begünstigt. Eine neue erschütternde Tatsache tritt klar aus dem Einerlei des Tagesberichtes mit seiner neuen Verlustliste hervor: „Der Faschismus ist entschlossen, die Aufdeckung seiner viehischen Mordtaten gewaltsam zu verhindern — und die republikanische Polizei hat auch hierzu die Hand geboten!

„B-T"Sonderberichterstatter in Ohlau überfallen!

Der Berichterstatter, der vom „Berliner Tageblatt" nach Ohlau entsandt worden war, wurde dort bei der telephonischen Abgabe seines Berichtes an die Redaktion in Berlin überfallen, niedergeschlagen, und fünf Beamte der Ohlauer Polizei nahmen zugleich seine Verhaftung vor. Der Berichterstatter hatte eben begonnen, nach persönlichen Recherchen seiner Zeitung zu telephonieren, Stadt in Schrecken versetzte, wie von dem Stadt in Schrecken versetzte, wie von dem „behaupteten planmäßigen Ueberfall des Reichsbanners auch nicht im entferntesten die Rede sein kann", daß dagegen schon seit Tagen der Ueberfall von den Nazis vorbereitet war. Er hatte wahrheitsgemäß mitzuteilen begonnen, wie an dem kritischen Sonntag ein Motorradfahrer und hinter ihm ein Lastkraftwagen der SA in Ohlau angekommen und Eiserne-Front-Mitglieder angepackt und ihre Abzeichen abzureißen begonnen haben. Wie daraufhin im Nu tausende SA-Leute auftauchten und ihre Blutorgie ansetzte. Er kam eben zu dem Schluß: „Das Blutbad am Sonntag in Ohlau ist einzig und allein durch das provokatorische Verhalten der uniformierten SA-Leute entstanden." Da wurde er in der Telephonzelle des Ohlauer Hotels überfallen, fünf Polizisten mit Gummiknüppeln gingen gegen ihn vor, um die Fortsetzung des Gespräches mit Berlin unmöglich zu machen; er wurde verhaftet und mußte auf Umwegen Ohlau verlassen!

Am gleichen Tage marschierte die SA zur Bestattung ihrer Gefallenen vom Sonntag auf. Unter dem Segen beamteter Pastoren hielt der Mörder-Heines neue blutige Hetzreden unnd versprach, „über Gräber" den weiteren Siegesmarsch der faschistischen Erneuerer Deutschlands.

Sturm auf Gewerkschaftshaus Halle

In Halle wurde ein neuer Versuch unternommen, das dortige Gewerkschaftshaus zu stürmen. Die Wache der Eisernen Front wurde von 70 Nazis überfallen, nur ihrem Widerstand ist es zu danken, daß sich nicht die Ereignisse von Eckernförde und Hagenau wiederholten. Zahlreiche verletzte Reichsbannerleute trugen bereits blutige Wunden, bis ein Ueberfallkommando der Polizei zur Stelle war.

•

Auf offener Straße wurde in Koblenz der sozialdemokratische Redakteur Gundelfinger von der Koblenzer „Rheinischen Warte" von den Nazis überfallen und niedergemacht; der Anführer der Nazis war der Stoßtruppführer Kremer aus Koblenz. Die Nazis spielten Miliz und schleppten ihr Opfer in einer Begleitung von hundert Morddrohungen ausstoßenden Nazibanditen zur Polizei.

•

Mit dem Rufe „Licht aus, es wird geschossen" stürmte eine Nazihorde die Baracken-Kolonie in Marladorf bei Aachen, die roten Fahnen wurden von den Dächern gerissen, die Baracken durchsucht und die Bewohner der Kolonie mißhandelt.

•

In Witten überfielen die Nazis Reichsbannerleute auf der Straße und fügten ihnen schwere Verwundungen zu.

•

Eine beispiellos viehische Bluttat beging der SA-Führer Schuhr in Berlin-Reinickendorf, als die 20jährige Erika Eckert im Wohnhause des SA-Mannes kommunistische Wahlflugblätter verteilte, erschien dieser Bursche in der Wohnungstür, fiel über das Mädchen mit einer Reitpeitsche her und verletzte sie durch zahlreiche Schläge über Rücken, Kopf und Brust. Als Erika Eckert um Hilfe rief und die Treppe hinunterrannte, schoß der Bluthund seine Pistole auf das flüchtende Mädchen ab. Sie brach schwer verwundet bewußtlos zusammen. Die Polizei mußte verhindern, daß der Unmensch von einer Masse gelyncht wurde.

•

30 Todesopfer hat allein nach den bis jetzt vorliegenden Berichten die letzte Woche die antifaschistische Front gekostet. Die erste Woche des Aufmarsches zu den Terrorwahlen. 30 Klassengenossen aus unseren Reihen, ihren Familien, ihren Müttern, Frauen und Kindern entrissen. Am Ende der Woche erhebt sich die faschistische Blutbetze frecher und zynischer als je. Goebbels und Goering kündigen in den Riesenversammlungen der Nazis an, daß „jetzt das Waffenverbot für die Partei aufeghoben würde„ Der Osaf Hitler würde es gestatten, daß sich die Nazis von jetzt ab bewaffnen!

„Von jetzt ab!"

Sofortige Bildung des Abwehrblockes aller Arbeiterorganisationen ist die einzige Rettung!

Neue Streikverschärfung in Belgien

Die Streiklage in Belgien ist nach wie vor noch ungeklärt. Während der Vorstand des Gewerkschaftsausschusses in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Generalrat der Sozialdemokratischen Partei in einer Entschließung feststellte, daß die Forderungen der Bergarbeiter restlos anerkannt worden seien, und daß die bei den anderen Gewerbezweigen schwebenden Verhandlungen baldige positive Ergebnisse erhoffen ließen, wird gleichzeitig

eine neue große Verschärfung

der Streikbewegung gemeldet: im nordbelgischen Kohlengebiet sind nunmehr die Bergarbeiter in einer Stärke von ungefähr 10 000 Mann ebenfalls in den Streik getreten. Offenbar liegen die Dinge in Belgien im Augenblick so, daß die Reformisten alles tun, um die Streikwelle zum Stehen zu bringen und die Arbeiter zu bewegen, auf der Basis der bisherigen Erfolge — kein Lohnabbau bis 1. November, keine Zollerhöhungen für Brotgetreide — die übrigen Zusagen haben einen recht fragwürdigen Charakter — Frieden zu schließen und die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufzunehmen, während die Massen der Arbeiterschaft entschlossen sind, den einmal aufgenommenen Kampf bis zu einem gesicherten Ende durchzuführen. Eine solche Kampffortführung muß aber schon angesichts der gewaltigen Verbitterung, die unter der belgischen Arbeiterschaft heute herrscht, von der Möglichkeit begleitet sein, daß er in eine revolutionäre Aktion umschlägt und eben dies ist es, was die Reformisten am meisten fürchten. Darum sehen sie ihre Aufgabe heute auch weniger darin, diesen großen und gewaltigen Kampf wirklich zu führen, als vielmehr in der möglichst baldigen Wiederherstellung des Friedens. Aber es gibt heute, weder in Belgien noch anderswo, einen Frieden, mit dem Bourgeoisie und Proletariat sich abfinden können. Die Entwicklung drängt zu einer Entscheidung, die über den Kapitalismus hinausgeht und die nur im revolutionären Kampf gefällt werden kann — in Belgien wie anderswo.

Neue Bluttaten in Ohlau stehen bevor!

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, beabsichtigen die Nazis am Sonntag eine neue Expedition nach Ohlau. Die Vorbereitungen sind bereits getroffen. Zwar sind 2 Dutzend Antifaschisten und Reichsbannerleute verhaftet, liegen die Opfer des letzen Sonntag in ihren Qualen in den Krankenhäusern, aber trotz des Terrors, der Ohlau besetzt hält, wächst dort die Erbitterung über die Meuchelmörder und die Behörden, die sie begünstigen. Der neue Aufmarsch soll eine neue Einschüchterung bringen, es ist nicht genug Blut geflossen. Der Mörder-Heines will die schlesische SA über weitere Gräber zum Siege führen.

Ein weiterer Bericht über Ohlau

Zu den Vorgängen in Ohlau veröffentlicht nunmehr die sozialdemokratische „Volkswacht" in Breslau einen umfangreichen Bericht, der aufgrund von 60 Zeugenaussagen zusammengestellt ist. Auch in diesem Bericht wird der Nachweis geführt, daß es sich hierbei um bewußte Provokationen der Nazis handelte und daß die Schuld somit einzig und allein auf sie entfällt. Der Bericht bestätigt auch die sofort nach den Vorfällen aufgetauchte Vermutung, daß die Schußverwundungen der Nazis gar nicht von Reichsbannerleuten, sondern weit wahrscheinlicher von der Polizei herrührten, die die Arbeiter zum Schloßplatz zurückdrückten und deren Schüsse möglicherweise die gegenüber aufgestellten Nazis trafen. Bemerkenswert ist noch die Aussage eines Zeugen, der beobachtet hat, wie Nazis das Gewehr anlegten.

Ordentliches Gerichtsverfahren

Die blutigen Vorfälle in Ohlau werden nicht, wie ursprünglich geplant war, im Schnellverfahren, sondern im ordentlichen Gerichtsverfahren vor der Großen Strafkammer in Brieg zur Aburteilung kommen.

Österreich bekommt eine Anleihe

zur Zahlung seiner Schulden

Zu dem Beratungsstoff, den die Lausanner Konferenz vorfand, gehörten auch die sogenannten Ostprobleme, die sich vor allem aus dem finanziellen Bankerott der Balkanstaaten ergeben. In dieser Richtung ist nun nach langen Beratungen im Schoße der Völkerbundsstaaten ein Schritt vorwärts gemacht worden: Osterreich erhält eine Anleihe in Höhe von 300 Millionen Schillingen, wovon England und Frankreich je 100 Millionen übernehmen. Damit soll der österreichische Staat instandgesetzt werden, seine fälligen kurzfristigen Schulden zu zahlen, die Devisensperre aufzuheben, bezw. zu lockern, und seine Währung aufrecht zu erhalten. Wäre Osterreich diese Anleihe nicht gewährt worden, dann wäre die Verkündung eines Moratoriums, d. h. einer Zahlungseinstellung unvermeidlich gewesen. Dieser Notwendigkeit sind die kapitalistischen Staaten durch die Anleihe zuvorgekommen. Sie schützen dadurch sich selber gegen Verluste, bewahren den Kapitalismus vor einer neuen großen Erschütterung, die ein österreichisches Moratorium unweigerlich hervorgerufen hätte, und — was nicht minder wichtig ist — sie zwingen Osterreich hierdurch unter ihre Kontrolle.

Mit der Durchführung der letzteren sind der Holländer Rost van Tonningen und der Belgier Fière beauftragt. Ein „Reformprogramm" steckt diesen die Aufgaben ab. Dieses ist bisher nur in Umrissen bekannt geworden, aber auch ohne von ihm genauere Kenntnis zu besitzen, kann man getrost sagen, daß damit Osterreich aufhört, ein selbständiger Staat zu sein und in ein Mandatsgebiet derjenigen Völkerbundsstaaten umgewandelt wird, die sich ander Anleihe beteiligen.

Das Papen-Deutschland gehört nicht in diese Reihe. Sein Vertreter im Völkerbundsrat hat sich in der entscheidenden Sitzung der Stimme enthalten, nicht weil es prinzipiell die Einsetzung von Kontrollen ablehnt, sondern weil der berühmte Anschluß Oesterreichs an Deutschland dadurch auf absehbare Zeit zu Wasser wird.

Warum wählst Du Liste SAP

„Die letzte Schlacht"

In den Wahlflugblättern zur Reichstagswahl, die die Sozialdemokratische Partei verbreitet, wird immer mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß am 31. Juli die Entscheidungsschlacht gegen den Faschismus sei und der Faschismus vernichtend geschlagen werden könne durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels.

Die deutsche Arbeiterschaft darf durchaus nicht die Bedeutung dieser wahrscheinlich letzten Reichstagswahl unterschätzen, es heißt aber neue Illusionen nähren, wenn man den Arbeitern sagt, der Faschismus könnte mit dem Stimmzettel geschlagen werden. Es muß mit aller Deutlichkeit überall ausgesprochen werden, daß der Faschismus in Deutschland heute nicht mehr vor dem Stimmzettel kapituliert, daß der Faschismus, wenn er zu schlagen ist, nur noch zu schlagen ist durch den außerparlamentarischen Kampf der von der SPD bis zur KPD marschierenden Einheitsfront des gesamten Proletariats.

Das den deutschen Proletariern klar zu machen, ist die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei bei dieser Reichstagswahl, die diesen von den Massen mit großem Interesse verfolgten Wahlkampf benutzen muß zur Propagierung dieser Wahrheit, zur Durchsetzung der Rettungsaktion für das Proletariat. Darum werben wir bei dieser Wahl für die Wahl der Sozialistischen Arbeiterpartei, darum fordern wir auf zur Wahl unserer Listen, damit dadurch zum Ausdruck gebracht wird, wie stark der Wille des Proletariats zum außerparlamentarischen Kampf, zur Niederwerfung des Faschismus ist.

Der Fluch der Notverordnung

In Chemnitz prangte vor einigen Tagen an allen Plakatsäulen ein großes Plakat, das zu einer Kundgebung der SPD aufforderte, in der Paul Löbe sprechen sollte. Auf diesem Plakat war in Riesenlettern als Thema für Paul Löbe angegeben: „Der Fluch der Notverordnung". Gemeint war mit dieser verfluchten Notverordnung die letzte, von der Regierung Papen herausgegebene Notverordnung, die in der Tat ein Fluch für die unteren Volksschichten ist. Es ist sehr schön, daß die Sozialdemokratie jetzt gegen diesen Fluch zu Felde zieht, aber schließlich ist doch notwendig, festzustellen, daß die anderen, von Brüning herausgegebenen Notverordnungen nicht weniger ein Fluch für die Arbeiterklasse waren, daß der Fluch der Notverordnungen nicht erst im Juli 1932 beginnt, sondern schon im September 1930 begonnen hat. Und der Fluch für die Arbeiterklasse ist, daß die Sozialdemokratie alle die „verfluchten" Notverordnungen vom September 1930 bis zum Juni 1932 toleriert und unterstützt hat. Anstatt

Parole für 31. Juli: Wählt SAP

auch diese Notverordnungen zu „verfluchen", hat die SPD sie gesegnet und hat dadurch sehr erheblich dazu beigetragen, die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen und die faschistische Gefahr zu steigern.

Ferner ist noch zu bemerken, daß die Notverordnung Papens, die jetzt mit dem Fluch belegt wird, ja im wesentlichen noch von der Regierung Brüning ausgearbeitet worden ist und auch von dieser Regierung verkündet worden wäre, wenn Hindenburg nicht Herrn Brüning vorher heimgeschickt hätte. Hätte Brüning noch diese Notverordnung erlassen können, wer weiß, ob dann die Sozialdemokratie nicht auch die jetzt von ihr verfluchte Notverordnung noch gesegnet hätte.

Wir führen das nur an, weil in der Gegenwart der Arbeiterklasse große Gefahren daraus erwachsen, daß die sozialdemokratische Führung die Bereitschaft zum Kampfe nicht hat und jeden Tag von neuem zum Ausweichen und Tolerieren bereit ist.

Sozialdemokratie ohne jede Bedingung ....

Der ehemalige Reichskanzler Brüning hat am 10. Juli in einer Wahlrede in Glatz der Sozialdemokratie ein sehr beachtliches Zeugnis ausgestellt. Brüning hat dabei gesagt, die Geschichte wird zeigen, daß das Kabinett zu früh gewechselt hat. „Ich hätte mich mit seiner Umbildung zur nationalen Seite abgefunden." Brüning hat damit ausgedrückt, wie leicht das Zentrum nach der Wahl zur Koalition mit den Nazis bereit sein wird. Weiter hat Brüning dann ausgeführt: „Die Sozialdemokraten haben sich ohne jede Bedingung und Verpflichtung dem Staat zur Verfügung gestellt." Das ist richtig. Die SPD-Führung hat bedingungslos alles geschluckt, was Brüning von ihr gefordert hat. Nur sind dabei die Klasseninteressen des Proletariats preisgegeben worden, die in jedem Falle zum Schaden der Arbeiterschaft den Interessen des kapitalistischen Staates untergeordnet wurden.

Achtung! Mal herhören!

Am 25. Juli endet die „moralische Korruption" der deutschen Arbeiterschaft durch den „Wohlfahrtsstaat".

Am 25. Juli beginnt die moralische Gesundung durch Hunger zum Gebet.

Am 25. Juli ist der erste Zahltag der Unterstützungssätze nach der Papen-Notverordnung.

Die Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung werden um 25% abgebaut, die der Krisenunterstützung um 10% und die der Wohlfahrtsfürsorge um 15%.

Nach 6 Wochen Unterstützung fällt der Erwerbslose der Wohlfahrt anheim. Gleichviel er für die Erwerbslosenversicherung gezahlt hat, besitzt er nur 6 Wochen Anspruch auf die Versicherungsleistungen. Die Unterstützung ist also praktisch um 23+10+15%, also um 48% im Durchschnitt abgebaut.

Arbeiter! Ihr sollt nur noch die Hälfte so übertrieben wohlhabend leben wie bisher!

In Einzelfällen ist der Abbau noch schlimmer!

Ein Lediger im Haushalt der Eltern

bekam bisher im Höchstfall 18,90 M. die Woche und bekommt in Zukunft im Höchstfall 4 M. Verlust über 80 Prozent.

Ein alleinstehender Lediger

bekam bisher im Höchstfall 18,90 M., in Zukunft im Höchstfall 12,10 M. Verlust über 60 Prozent.

Ein Verheirateter

bekam bisher im Höchstfall 22,05 M. und in Zukunft im Höchstfall 12,10 M. die Woche. Verlust über 45 Prozent. Selbst

Ein Verheirateter mit 2 Kindern

konnte bisher 28,35 M. im Höchstfall beziehen gegenüber einem nunmehrigen Höchstbetrag von 18,50 M. Verlust immerhin noch fast 40 Prozent.

Diese Höchstsätze werden aber nur in Ausnahmefällen in den Großstädten erreicht. In kleinen Orten und in den unteren Lohnklassen sind die Sätze weit geringer.

Je mehr Kinder,

desto unsozialer ist die Staffelung der Unterstützungen.

In Orten unter 10 000 Einwohnern

sind die Sätze wiederum niedriger als in größeren Orten, obwohl unzählige kleine nicht eingemeindete Industrieorte teurer sind als manche Großstadt.

Auf daß es dir nicht zu gut gehe auf Erden

werden die Bezüge der Arbeitslosen gesenkt

in der Erwerbslosenversicherung um	188	Millionen Mark
in der Krisenfürsorge um	191	„ „
in der Wohlfahrtsfürsorge um	148	„ „
Summe der Einsparungen bei Erwerbslosen	527	Millionen Mark

werden abgezogen bei

den Angestellten-, Invaliden-, Knappschafts- und Unfallrentnern	300	Millionen Mark
den Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen	70	„ „
Gesamtbetrag:	897	Millionen Mark

werden neue Lasten den Massen auferlegt

durch die Salzsteuer	70	Millionen Mark
Belastung des Mittelstandes durch Ausdehnung der Umsatzsteuer auf Umsätze unter 500 Mark	150	„ „
Und schließlich die Belastung der Erwerbstätigen durch die Arbeitslosenabgabe	400	„ „
Summe der Belastungen:	620	Millionen Mark

Und den Armen wird geholfen

Dem früheren

Herzog von Altenburg,

der nach der Revolution 5,5 Milionen Goldmark bar als Abfindung erhalten hatte, wurde

das Armenrecht bewilligt,

damit er gegen den thüringischen Staat klagen könne.

„Im Namen des Volkes"

wurde der Abfindungsantrag am 10. Juli 1932 für ungültig erklärt und dem Herzog eine weitere Abfindung von 30 Millionen Mark zugesprochen.

Arbeiter!

Denkt daran vom 25. bis zum 31. Juli

Wie die „notleidende" Industrie ihre Direktoren bezahlt

Die millionenfach vom Reich aus Steuermitteln subventionierte Industrie hat immer noch genügend Geld für ihre Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder.

Die Vereinigten Glanzstoffwerke AG. verteilten 880 000 Mark Aufsichtsratstantiemen an die 3 Mitglieder des Aufsichtsrates. Der Vorstand der Karstadt AG. bezog neben festen Jahresgehältern bis zu 120 000 Mark eine Vorstandstantieme von 30 Prozent des Reingewinns von insgesamt 6 Millionen Mark. Die Vorstandsmitglieder Karl und Heinz Lahusen bezogen 2 Millionen Tantiemen zu einer Zeit, in der das Unternehmen mit 40 Millionen Unterbilanz arbeitete. Beim Zusammenbruch des Inag-Konzerns bezog der Generaldirektor 700 000 Mark Jahreseinkommen.

Durchschnittsjahresgehälter der Vorstandsmitglieder:

IG Farben	145 000 Mark
Deutsche Diskontobank	120 000 Mark
Allianz-Versicherung	80 000 Mark
Mannesmann-Röhrenwerk	135 000 Mark
Akkumulatoren-Fabrik AG	110 000 Mark
Schubert & Salzer AG	145 000 Mark
Ilse-Bergbau AG	130 000 Mark
Sarotti AG	120 000 Mark

Wer dem Zentrum vertraut, Hitler den Weg erbaut

Das unzuverlässige Zentrum

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich Ende Juni in einem besonderen Aufruf gegen die Einheitsfront mit der KPD gewandt. Als Grund hat er angegeben, daß die KPD nicht ehrlich die Einheitsfront wolle und unehrliche Einheitsfrontmanöver mache. In Wirklichkeit hat sich der Sozialdemokratische Parteivorstand gegen die Einheitsfront mit den Kommunisten gewandt, weil er größere Kampfkraft gegen den Faschismus erhofft von dem Bündnis mit dem Zentrum und der Staatspartei und weil er die Gefährdung dieses Bündnisses fürchtet durch ein Zusammengehen mit den Kommunisten.

Die jetzt nach außen gezeigte Gegnerschaft des Zentrums gegen die Regierung Papen und die Nazis entspringt nur vorübergehenden taktischen Erwägungen und ist in erster Linie auf die schlechte Behandlung Brüninga bei dem Regierungswechsel zurückzuführen. Nach der Wahl wird diese Gegnerschaft ein ganz anderes Gesicht bekommen und die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich dann nach ihrem Bundesgenossen Zentrum umschauen können, um dessen Willen jetzt 30 Sekunden vor zwölf die Einheitsfront des gesamten Proletariats gehindert wird.

Für die Unzuverlässigkeit des Zentrums liegen schon jetzt eine ganze Reihe von Beweisen vor. Bei der Wahl des Präsidiums für den Preußischen Landtag hätte nach dem bedingungslos gemachten Vorschlag der Kommunisten ein Präsidium ohne Nazis gebildet werden können, bestehend nur aus Zentrum und Sozialdemokraten. Diese Möglichkeit ist von dem Zentrum zerschlagen worden, das für den Nazi stimmte und das Zustandekommen eines sozialistenreinen Präsidiums ermöglichte, bestehend nur aus Faschisten und einem Zentrumsmann.

Noch deutlicher zeigt sich jetzt die Unzuverlässigkeit des Zentrums in Hessen. Der „Vorwärts" selbst muß am 13. Juli aus Hessen melden, das dort das Zentrum zur Koalition mit den Nazis bereit ist, daß bei den Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis bereits

> **„eine grundsätzliche Einigung über die Aemterverteilung dahin erzielt sei, daß der nationalsozialistische Landtagspräsident Werner Staatspräsident wird und das Innen- und Kultusministerium verwaltet, während der Zentrumsmann Kirnberger das Finanz-, Justiz- und Arbeitsministerium beibehalten soll."**

So sieht das Zentrum, der Bundesgenosse der „Eisernen Front", aus. Im Reiche wird es das Zentrum nach der Reichstagswahl nicht anders machen. Darum dürfen die sozialdemokratischen Arbeiter sich nicht länger mehr von dem durch die Sozialistische Arbeiterpartei propagierten Kampfblock aller Arbeiterorganisationen abhalten lassen, der die richtige Einheitsfront ist und den Proletariern allein die Gewähr gibt, den Kampf mit dem Faschismus bestehen zu können.

Die SPD für Listenverbindung mit Bürgerparteien — aber gegen proletarische Parteien

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat den Parteileitungen der SPD und der KPD in einem offenen Briefe vorgeschlagen, eine gemeinsame Reichsliste aufzustellen. Der Parteivorstand der SAP hat diesen von der Arbeiterschaft aus den verschiedensten Gebieten geforderten Vorschlag begründet mit der Notwendigkeit, in dieser für die Arbeiterklasse überaus bedrohlichen Situation damit den Proletariern ein Signal zu geben für die Bereitschaft zur gemeinsamen außerparlamentarischen Aktion der gesamten Arbeiterorganisationen. Trotzdem haben die Parteileitungen der SPD und der KPD diesen Vorschlag abgelehnt. Derselbe Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei aber, der die gemeinsame Liste mit anderen proletarischen Parteien ablehnt, ist sofort bereit gewesen, mit bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Reichsliste zu machen. Der „Vorwärts" selbst berichtet darüber am 13. Juli:

> „In der Sorge, daß ... bei der bevorstehenden Reichstagswahl staatsparteiliche Stimmen verloren gehen können, war von staatsparteilicher Seite beim Vorstand der SPD angefragt worden, ob die Sozialdemokratie zu einer Listenverbindung mit der Staatspartei bereit sei. **Der Vorstand der SPD hatte sich dazu grundsätzlich bereit erklärt....** Die Weiterverfolgung der Frage hat sich dadurch erübrigt, daß der Zentralvorstand der Deutschen Staatspartei beschlossen hat, ohne Listenverbindung selbständig in den Wahlkampf zu gehen."

Also die Sozialdemokratie war zur Listenverbindung mit der sehr bürgerlichen Staatspartei bereit, gescheitert ist die Listenverbindung nur an der Ablehnung der Staatspartei.

Weil allein die SAP den Arbeiterblock erkämpft

ADGB-Führung und Reichstagswahl

Wenn der jetzige Reichstagwahlkampf alle Schichten der Bevölkerung aufwühlt und selbst die politisch Gleichgültigen in den Strudel der politischen Kämpfe hineinreißt, so gewiß nicht, weil die Masse dem kommenden Reichstag großen Einfluß und große Taten zumißt, sondern weil jeder fühlt und sieht, daß dieser Wahlkampf ein Aufmarsch der beiden großen Fronten ist: Faschismus und antifaschistische proletarische Klassenfront. Nicht der Wahlzettel, der Stimmzettel bzw. die Anzahl der Mandate, sondern die Stärke der im Wahlkampf sich formierenden außerparlamentarischen Klassenkräfte werden die Entscheidung bringen.

Da die Entwicklung der letzten Jahre lehrt, daß der Faschismus gegenüber einer getrennten, in sich zerrissenen Arbeiterschaft immer weiter fortschreiten kann, und so mit mathematischer Sicherheit sein Ziel, die alleinige Herrschaft und uneingeschränkte faschistische Diktatur, erreichen wird, so kommt alles, aber auch alles darauf an, dem Hitlersturm die geschlossene proletarische Klassenfront entgegenzustellen. So sehr es dazu allerhöchste Zeit ist, so steht doch fest, daß die an Zahl und an organisierter, geschulter Kraft den Hitlerhorden weit überlegene Arbeiterklasse auch jetzt noch sicher den Faschismus zurückschlagen und vernichten würde, wenn sie alle ihre organisatorischen Kräfte zusammenfassen würde.

Das ist in den letzten Monaten in unzähligen Artikeln und Reden dargelegt worden, das weiß jeder denkende Proletarier, das weiß und fürchtet auch die faschistische Führung, nur kleine aber entscheidende Kreise, die großen Parteiapparate und vor allem die Gewerkschaftsführung wollen das nicht wissen. Wir haben die Einheitssabotage der SPD- wie der KPD-Führung immer wieder angeprangert. Hier wollen wir auf die sträfliche Handlungsweise der ADGB-Führung hinweisen.

Die freien Gewerkschaften wären in dieser Situation die berufenen Organe, den großen Spalt in der deutschen Arbeiterbewegung, die Kluft zwischen dem sozialdemokratischen und kommunistischen Lager zum mindesten zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus, zu überbrücken, denn in den Gewerkschaften sind neben sozialdemokratischen Mitgliedern hunderttausende von kommunistisch oder anderweitig politisch orientierten Arbeitern und Millionen parteipolitisch nicht organisierten Proletariern vereinigt. Gerade auf dem gewerkschaftlichen Boden könnte und müßte daher die einheitliche Klassenfront entstehen. Hätten die Gewerkschaftsführer auch nur einen Funken politischen Weitblick, dann müßten sie — selbst als Mitglieder der SPD, denn die SPD ist doch auch in einer nicht minder großen Gefahr als die KPD und die ganze Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung — ihre günstige Position im Interesse der einheitlichen Kampffront ausnützen und alles vermeiden, was hier schaden und die Bildung der Einheitsfront verhindern kann.

Aber wie so oft machen jetzt zur Reichstagswahl die ADGB-Führer wieder das genaue Gegenteil. In völliger Verblendung fühlen und geben sie sich nur als kleinlich parteiegoistische SPD-Funktionäre. Sie wissen jetzt nichts besseres zu tun, als die Gewerkschaften zu einer sozialdemokratischen Wahlmaschine zu mißbrauchen.

„Auf der Eisernen Front" — „Her zur Eisernen Front" — „Es gibt keine Einheitsfront außer der Eisernen Front". So schreit es jetzt in Riesenlettern aus allen Gewerkschaftsblättern, offiziellen ADGB- und Verbandsaufrufen und in unzähligen offiziell von den einzelnen Gewerkschaften einberufenen SPD-Propagandaversammlungen. Daß aber die „Eiserne Front" nichts anderes ist als eine sozialdemokratische Parteifront und daher, ganz abgesehen von ihrer falschen Politik, eben nur ein Teil und längst nicht die ganze Arbeiterklasse, das weiß jeder Schuljunge. Statt alle Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für die einheitliche Klassenfront und so zum geschlossenen und wirksamen Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren, stößt die ADGB-Führung Millionen von Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, die aus tiefster Ueberzeugung die „Eiserne Front" als falsch ablehnen, brutal vor den Kopf, verkündet und zerschlägt so die einheitliche Klassenfront.

Von besonderer Schädlichkeit ist der offizielle „Eiserne-Front"-Aufruf des ADGB-Vorstandes. Dort wird als Antwort auf das demagogische „Deserteur"-Geschrei der Nazi ein jedem sozialistischen Denken und Bewußtsein ins Gesicht schlagender Kriegsnationalismus betrieben, der als eine Schande der freien Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden muß. Der Aufruf beginnt schon mit der Lüge: „Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkrieg für die Freiheit unseres Volkes gekämpft". Nicht für die „Freiheit", sondern für Kapitalsinteressen haben sich die Millionen Proletarier im Krieg gegenseitig abgeschlachtet. Fluch dem „nationalen", kapitalistischen Krieg, aber **Kampf mit allen Mitteln bis zum Einsatz des Lebens für die Interessen unserer Klasse, alle Proletarier gemeinsam an die Front im Klassenkrieg!** Das muß die Losung aller Arbeiter und ihrer Organisationen sein. Nur so kann der wirksame und erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus zustande kommen und zum Siege führen.

Gewiß sollen und müssen die millionenstarken Gewerkschaften auch in diesem Wahlkampf eingesetzt werden, aber im Sinne der Herausbildung der außerparlamentarischen Klassenfront. Aufgabe der Gewerkschaftsführung müßte es angesichts der Parteiverhältnisse in bezug auf die Stimmenabgabe sein, die Frage ob SPD, KPD oder SAP offen zu lassen, aber alle Arbeiter aufzufordern, im Wahlkampf, am und nach dem Wahltag geschlossen zusammenzustehen gegen den Faschismus, **geschlossen den Nazimordterror abzuwehren, gemeinsam die Gewerkschaftshäuser und Arbeiterheime zu verteidigen.**

Das ist das Gebot der Stunde, diese Linie und Taktik müssen die Gewerkschaftsmitglieder ganz gleich welcher politischen Richtung durchsetzen.

Agrarprobleme in Sowjet-Russland

Probleme der russischen Kollektivwirtschaft

Moskau, 15. Juli.

(Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Mit den sich aus der Sozialisierung der Landwirtschaft ergebenden Problemen befaßte sich der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in der UdSSR, Kaganowitsch, in einer längeren Rede vor der allukrainischen Parteikonferenz. Er wies zunächst an Hand reicher Zahlenmaterials auf die Zunahme der Mechanisierung in der Landwirtschaft und die damit verbundene Vergrößerung der Anbauflächen hin. Weniger erfolgreich sei man allerdings, so führte er kritisch aus, bei der Organisierung der Getreideaufbringung gewesen, da hier die Leitung der ukrainischen Parteiorganisationen die organische Verbindung der einzelnen ukrainischen Bezirke nicht genügend berücksichtigt habe, wodurch es zu erheblichen Kornverlusten gekommen sei. Man dürfe sich eben nicht mit der Kollektivisierung der Bauernwirtschaften und der Liquidierung des Kulakentums begnügen und im übrigen auf die automatische Entwicklung der Dinge sich verlassen. Geringe Produktivität der Arbeit sei die unausbleibliche Folge solchen Verhaltens.

Kaganowitsch beschäftigte sich sodann mit der Frage, wie durch Beseitigung der vorhandenen Fehler die Landwirtschaft in der Ukraine gefördert werden könne. Dabei ging er besonders auf das Verhältnis des einzelnen Mitgliedes der Kollektivwirtschaft zu dem Agrarkollektiv ein. Man habe mit Absicht nicht die Kommune, sondern das landwirtschaftliche Artel als Hauptform der Kollektivierung gewählt und damit einem Wunsche der Bauern Rechnung getragen. Der einzelne Kollektivwirtschaftler wolle zwar alle Vorteile der kollektiven Großwirtschaft genießen, aber gleichzeitig suche er seine Interessen mit denen der Gesamtheit in Einklang zu bringen. Die eigene Landwirtschaft des einzelnen Mitgliedes der Kollektive diene ihm als Nebenwirtschaft nur zur Steigerung seiner persönlichen Einnahmen. Die Auffassung einzelner Theoretiker, daß der Kollektivwirtschaftler auf dem Wege über seine eigene landwirtschaftliche Besitzung sich zum Kulaken entwickeln wolle, sei irrig. Denn auch in ihrer Eigenwirtschaft hingen die Bauern von der Unterstützung mit Produktionsmitteln durch das Kollektiv ab. Wolle man die Erträge der Kollektivwirtschaften verbessern, so müsse man auch die Einnahmen es Kollektivwirtschaftlers steigern. Kaganowitsch schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Bedeutung der diesjährigen Ernte für den Abschluß des ersten und Beginn des zweiten Fünfjahresplanes.

Molotoff über den Stand der sowjetrussischen Landwirtschaft

Moskau, 14. Juli.

In den hiesigen Blättern wird eine Rede Molotoffs auf der allukrainischen Konferenz der Kommunistischen Partei veröffentlicht. Molotoff betont darin die Bedeutung der Tatsache, daß die Konferenz sich nur mit Fragen der Hebung der Landwirtschaft, der Ernte und der Getreideaufbringungskampagne beschäftigte, und erklärt u. a., daß den Fragen einer Hebung der Landwirtschaft in manchen Fällen nicht die nötige Aufmerksamkeit zugewendet werde. Molotoff zieht das Fazit aus der Frühjahrkampagne und weist darauf hin, daß

über vier Fünftel der Frühjahrsaussaatfläche von Kollektivwirtschaften und Staatsgütern angebaut sei.

In der Ukraine liege daneben eine Steigerung des Industriepflanzenanbaues vor. In den letzten drei bis vier Jahren sei die Zuckerrübenaussaatfläche in der Ukraine auf das Zweieinhalbfache, die Flachsaussaatfläche auf das Eineinhalbfache gewachsen.

Vor zwei Jahren habe man in der Ukraine begonnen, Baumwolle anzubauen. Im laufenden Jahre habe die Baumwollaussaatfläche bereits 200 000 Hektar bzw. ein Drittel der Baumwollanbaufläche Turkestans in der Zeit vor der Revolution erreicht. Dies sei dadurch möglich geworden, daß breiteste Massen werktätiger Bauern zu durchgehender Kollektivierung übergegangen seien. Die rasche Entwicklung der Kollektivwirtschaften und Staatsgüter habe eine erhebliche Zunahme der für den Markt bestimmten Getreideproduktion gesichert. Im vergangenen Jahre seien verschiedene Gebiete, wie z. B. der Mittelwolga- und der Niederwolga-Gau von einer Dürre betroffen worden. Diese Gebiete seien durch den Staat unterstützt worden.

In der Ukraine seien die Voranschläge der Aussaat nicht restlos erfüllt worden, und in verschiedenen Bezirken der Ukraine sei der Getreideaufbringungsplan zu mechanisch verteilt worden. Diese Fehler müßten in Zukunft vermieden werden.

Nach der Mitteilung, daß die Ernte nach den vorläufigen Angaben in diesem Jahre die vorjährige um 500 Millionen Pud übersteigen werde, führte Molotoff aus, der Staat habe in diesem Jahre für Kollektivwirtschaften und werktätige Einzelbauern den Getreideaufbringungsplan verringert und für Staatsgüter erhöht. Die Regierung glaube, daß nach Beendigung der Getreideaufbringung der Getreidehandel sich in den Kollektivwirtschaften ungehindert werde entfalten können, der einerseits das Interesse des Kollektivwirtschaftlers an den Ernteergebnissen steigere, andererseits als eine zusätzliche Belieferungsquelle für die werktätige Stadtbevölkerung dienen müsse. Molotoff ging weiter auf die Belieferung der Dörfer mit Industriewaren ein und stellte fest, daß im laufenden Jahre die Menge der in den Dörfern abgesetzten Industriewaren gegenüber dem Vorjahre verdoppelt werde. Molotoff erklärte dann, daß alle Kräfte auf die Einbringung der Ernte und die Hebung der Viehzucht gerichtet sein müßten. Zum Schluß gab er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Parteiorganisation der Ukraine die Fragen einer Hebung der Landwirtschaft meistern werde.

Textilschiedsspruch

Der Schiedsspruch für die Textilindustrie des Gladbach-Rheydt und Viersener Reviers, der eine Senkung des Mindestarbeitslohnes von 53,5 auf 50,8 Pfennige und eine entsprechende Senkung aller anderen Lohnsätze vorschlägt, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt, von den Unternehmern aber angenommen. Diese haben Verbindlichkeitserklärung des Spruches beantragt.

Das Lied der Welt

In England hat der Zusammenschluß mehrerer Eisenbahngesellschaften zur Schließung verschiedener Werkstätten und damit zu umfangreichen Arbeiterentlassungen geführt.

In der Schweiz schlägt der Bundesrat dem Parlament eine Herabsetzung der Gehälter aller Staatsbediensteten um 10 bis 15 Prozent vor — in dem gleichen Moment, in dem den großen Banken 300 Millionen Franken zu Sanierungszwecken zur Verfügung gestellt werden sollen. — In Zürich und Basel haben die Unternehmer in den Kraftdroschkenbetrieben die Kollektivverträge mit dem Personal gekündigt und wesentliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, unter anderem Lohnabbau bis zu 30 Prozent, verlangt. In Genf wollten die Transportfirmen einen Lohnabbau durchführen; dieser Anschlag auf einen geltenden Vertrag konnte abgewehrt werden.

Die österreichische Regierung prüft augenblicklich einen von den Nationalsozialisten vorgelegten Plan auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Die Kompagnien der Arbeitsdienstler sollen unter anderem im Bahnbetrieb, im gesamten Bahnunterhaltungsdienst, im Stationsdienst und für Werkstättenarbeit verwendet werden. Das würde den Abbau einer großen Zahl von Eisenbahnbediensteten bedeuten. Die „Bezahlung" soll pro Tag einen halben Schilling, das sind 26 Pfennige, betragen.

In Norwegen hat das Parlament beschlossen, die Nebenbezüge des Eisenbahnpersonals um rund 10 Prozent zu kürzen.

In USA sind in Boston bei den kommunalen Verkehrsbetrieben die Löhne um etwa 10 Prozent herabgesetzt worden.

In Holland hat der Verwaltungsrat der Straßenbahn im Haag beschlossen, den Beitrag, den das Personal an die Pensionskasse abzuführen hat, von 5 auf 8½ Prozent zu erhöhen. Das bedeutet eine indirekte Lohnkürzung.

In Belgien sind die Heuern der Radiotelegraphisten ganz erheblich herabgesetzt worden.

In Polen haben die Reeder die Heuern des Schiffahrtpersonals sowie die Löhne der Hafenarbeiter um 10 bis 20 Prozent gekürzt.

„Der Weltbankrott droht"

London, 14. Juli.

Der englische Finanz- und Wirtschaftssachverständige Sir George Paish wiederholte gestern abend auf einem Essen in London seine wiederholt geäußerte Warnung vor der Gefahr eines völligen Weltbankrotts. Er sagte: In den Vereinigten Staaten allein haben ungefähr 8000 Banken ihre Zahlungen eingestellt. Die gegenwärtige Lage der Welt ist größtenteils auf die Tatsache zurückzuführen, daß Amerika, das bei Kriegsausbruch Bankier der Welt wurde, der Welt ungeheure Summen Geldes geliehen und dann durch Tariferhöhung die Schuldner verhindert hat, ihre Schulden zu bezahlen. Heute tut England dasselbe durch Errichtung von Tarifen gegen fremde Länder. Wenn diese Tarifpolitik nicht beseitigt wird, ist ein Weltbankrott unvermeidlich. Wenn sich alle Tarife der Welt mit einem Schlage beseitigen ließen, dann würde es morgen eine wunderbare Erholung geben. (?) Die Welt ist reif für eine gewaltige Ausdehnung des Handels. Aber die Krisis wird wohl weitergehen, bis die Leiden so groß geworden sind, daß die Vernunft sich durchsetzt.

Die Nazis Streikbrecher und Lohnräuber

In ihren Lügenflugblättern empfiehlt sich bekanntlich die Hitlerpartei als Gewerkschaftsfreundlich. Sie findet einschmeichelnde Flötentöne für die „Gewerkschaftskollegen", schimpft auf den „Lohnraub" und bejaht sogar den Streik. Da die NSDAP in Betrieb und Gewerkschaft nur sehr geringen Einfluß hat, so kommt sie nur selten in die Lage, ihre „Gewerkschaftsfreundlichkeit" in der Praxis zu beweisen. Soweit sie aber dazu imstande ist, zeigt sie sich ihren kapitalistischen Geldgebern dienstfertig, da erweist sie sich als die Partei der Streikbrecher und Lohnräuber. Dafür heute nur zwei Beispiele:

In Lauenburg a. d. Elbe streiken seit Wochen die Böttcher und Hilfsarbeiter einer Faßfabrik gegen einen Lohnabbau bis zu 30 Prozent. Die „Arbeiterfreundlichkeit" der Nazis begann damit, daß sie streikende Arbeiter und Streikposten überfielen und niederschlugen. Sehr bald gingen sie, unter dem demagogischen Vorwand, es wäre „ein politischer SPD-Streik", dazu über, Streikbruch zu verüben. Als bei proletarischen Nazianhängern, die noch ehrlich an die „Gewerkschaftsfreundlichkeit" der NSDAP glaubten, großer Unwille gegen die Streikbrecher aufkam, verteidigte die NSDAP-Leitung die Arbeit in dem bestreikten Betrieb. Die dagegen eingestellten Naziarbeiter hatten Ausschlußantrag gegen die Streikbrecher gestellt. Und nun das von der NSDAP-Leitung in der „Lauenburger Landeszeitung" veröffentlichte Ergebnis:

„Dem Antrag der Ortsgruppenleitung in Lauenburg auf Ausschluß der Pg. wegen ihres Arbeitens in den (bestreikten D. Red.) Faßfabriken kann nicht stattgegeben werden.

Weiter hat der „Untersuchungsausschuß" festgestellt, daß die bestreikten Betriebe zu schützen sind."

Nazistreikbruch, für uns gewiß nichts Neues, aber man muß es den von den Hitlerkonsorten irregeführten Proletariern dokumentarisch beweisen.

*

Den ersten Nazilohntarif hat die NSDAP — sie „bejaht" ja auch das Tarifrecht — in Schleswig-Holstein abgeschlossen. Schon immer haben dort, im Dithmarschen, die Tarife für die Drescharbeiter eine große Rolle gespielt, mancher Streik ist deshalb schon von den dortigen Landarbeitern geführt worden. Jetzt, nachdem die NSDAP hochkam, wurde vom Landbund beim Tarifneuabschluß der Landarbeiterverband ausgeschaltet und ein Tarif mit den Nazis abgeschlossen. Aber die Landbundagrarier geben doch ihr Geld nicht umsonst an die Hitlerpartei.

Unter dem Vorsitz des Kreisleiters der NSDAP ist für die Nazihochburg Dithmarschen im Westen Holsteins mit dem Landbund ein Tarifvertrag für Drescharbeiter abgeschlossen worden, in dem die Löhne von 50 Pfg. auf 45 bis 37 Pfg. abgebaut wurden, die Arbeitszeit von 10 auf 14 Stunden täglich aber erhöht wurde. In dieser Arbeitszeit nicht einbegriffen ist das Aufbauen und Abbrechen der Dreschmaschinen, ebensowenig wie die Essenspausen und der Weg zum Arbeitsplatz. Die tatsächliche Arbeitszeit dürfte danach mindestens 17 Stunden betragen.

An diesem Muster eines Nazitarifs können die Proletarier ganz Deutschlands erkennen, was ihnen blüht, wenn die Hitlerfaschisten in die Lage kämen, mit ihren Korporativgewerkschaften die Arbeiterlöhne zu diktieren. Darum Massenaufgebot aller Arbeiter gegen Nazistreikbrecher und Lohnräuber! Schafft mit der SAP gemeinsam, durch Propaganda für die Liste 17 die antifaschistische Klassenfront.